Eingliederung vor Rentenrevision

PD Dr. iur. HARDY LANDOLT, LL.M, Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter an den Universitäten St. Gallen und Zürich, Glarus

Inhaltsübersicht

I.	Einleitung.....	119
II.	Nachträgliche Rentenanpassung.....	119
A.	Allgemeines	119
B.	Revision	120
1.	Allgemeines	120
2.	Rentenrelevante Tatsachenänderungen	122
i.	Veränderung der statusrelevanten persönlichen Verhältnisse.....	122
ii.	Veränderung des rentenrelevanten funktionellen Leistungsvermögens.....	122
iii.	Veränderung der rentenrelevanten erwerblichen Umstände.....	123
C.	Wiedererwägung	123
1.	Allgemeines	123
2.	Wiedererwägungsvoraussetzungen	124
3.	Wiedererwägung bei unterlassener Eingliederungsabklärung	124
D.	Sonderfälle	125
1.	Aufhebung befristeter Renten.....	125
2.	Wiederaufleben der Rente	126
III.	Eingliederungsabklärungspflicht.....	127
A.	Vor Erlass einer erstmaligen Rentenverfügung	127
B.	Vor Erlass einer nachträglichen Rentenrevisionsverfügung.....	129
1.	Grundsatz.....	129
2.	Ausnahmen.....	130
i.	Untergang des Anspruchs auf Eingliederungsmassnahmen	130
ii.	Zumutbare Selbsteingliederung	131
iii.	Fehlende Eingliederungsbereitschaft.....	132
iv.	Fehlende Rentenrelevanz.....	132

C.	Anwendungsfälle.....	134
1.	Eingliederung vor Weitergewähren der bisherigen Rente	134
2.	Eingliederung vor Rentenerhöhung	135
3.	Eingliederung vor Rentenreduktion bzw. -einstellung	135
IV.	Rechtsfolgen einer eingliederungsrechtlich mangelhaften Renten- revisionsverfügung.....	137
A.	Prozessuale Rechtsfolgen	137
1.	Suspensiv-effekt	137
i.	Allgemeines	137
ii.	Entzug der aufschiebenden Wirkung	138
iii.	Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung.....	140
iv.	Weitergeltung des Entzugs der aufschiebenden Wirkung	141
2.	Aufhebung oder Bestätigung der eingliederungsrechtlich mangelhaften Rentenrevisionsverfügung?	143
B.	Nachträgliche Eingliederungsabklärung und erneuter Erlass einer Rentenrevisionsverfügung	145
1.	Eingliederungsabklärung	145
2.	Erlass einer Rentenrevisionsverfügung.....	145

I. Einleitung

Der invalidenversicherungsrechtliche Fundamentalsatz "*Eingliederung vor Rente*" hat eine ungemaine Strahlkraft. Er ist seit Jahrzehnten titelgebend für wissenschaftliche Abhandlungen¹ und prägt auch das bundesgerichtliche Vokabular². Das Bundesgericht qualifiziert diese Parömie als einen "Grundsatz" des materiellen Sozialversicherungsrechts³. Bei einer wörtlichen Auslegung ist dieser Grundsatz eine *innersystemische bzw. intersystemische Koordinationsnorm* des Inhalts, dass eine Invalidenrente nur nach allfällig durchgeführten Eingliederungsmassnahmen zugesprochen werden kann bzw. Berentung und Eingliederungsmassnahmen nicht gleichzeitig erfolgen können und letztere nach der Zusprechung einer Invalidenrente ausgeschlossen sind. Wie es sich mit diesen Ausgangsthesen verhält, sei Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf das Koordinationsverhältnis zwischen Rentenanpassung und Eingliederung gelegt.

II. Nachträgliche Rentenanpassung

A. Allgemeines

Die *Anpassung einer Rentenverfügung* ist in drei Fällen möglich: Formell rechtskräftige Verfügungen und Einspracheentscheide können auf Antrag oder von Amtes wegen in Revision gezogen werden, wenn nach deren Erlass *erhebliche neue Tatsachen* eintreten (*materielle Revision*) oder *Beweismittel*

¹ Siehe z.B. BREITENMOSER BEATRICE/FOFFA DANIELA, "Eingliederung vor Rente", Realisierbares Ziel oder bloss wohltönender Slogan?, in: CHSS 1999/6, S. 288 ff.; DUMMERMUTH ANDREAS, "Eingliederung vor Rente". Der grosse Einfluss der Reha-Fachleute im Spital, in: Competence 2004/6, S. 26 ff.; MEYER-BLASER ULRICH, Die Tragweite des Grundsatzes "Eingliederung vor Rente", in: Schaffhauser/Schlauri (Hrsg.), Rechtsfragen der Eingliederung Behinderter, St. Gallen 2000, S. 9 ff.; MURER ERWIN (Hrsg.), Eingliederung vor Rente – Eingliederung in die Sackgasse?, Neue Lösungsansätze für ein altes Problem, Mit nationalen und internationalen Gesetzestexten und Urteilen zum Behindertenrecht, Freiburger Sozialrechtstag 1998, Bern 1998; NÜSCHELER FRITZ, Invalidenversicherung, Ist der Grundsatz "Eingliederung vor Rente" gefährdet?, SZS 1980, S. 30 ff.

² Vgl. etwa BGE 126 V 241 (Regeste).

³ Statt vieler BGE 121 V 190 E. 4c und 117 V 71 E. 3a/cc.

verfügbar sind, deren Beibringung zuvor nicht möglich war (*prozessuale Revision*)⁴. Der Versicherungsträger kann ferner auf formell rechtskräftige Rentenentscheide zurückkommen, wenn diese zweifellos unrichtig sind und ihre Berichtigung von erheblicher Bedeutung ist (*Wiedererwägung*)⁵. Im Gegensatz zur materiellen Revision und zur Wiedererwägung ist eine prozessuale Revision längstens während zehn Jahren möglich⁶. Aus dem *Grundsatz von Treu und Glauben* kann keine Befristung des Anpassungsrechts der Verwaltung abgeleitet werden⁷.

B. Revision

1. Allgemeines

Anlass zu einer Rentenrevision gibt jede *wesentliche Änderung in den tatsächlichen Verhältnissen*, die geeignet ist, den Invaliditätsgrad und damit den Rentenanspruch zu beeinflussen⁸. Eine Invalidenrente ist demgemäss nicht nur bei einer wesentlichen Veränderung des Gesundheitszustands, sondern

⁴ Vgl. Art. 53 Abs. 1 ATSG. Die prozessuale Revision von Entscheiden wegen Entdeckung neuer Tatsachen oder Beweismittel oder wegen Einwirkung durch Verbrechen oder Vergehen muss auch im kantonalen verwaltungsgerichtlichen Verfahren gewährleistet sein (vgl. Art. 61 lit. i ATSG).

⁵ Vgl. Art. 53 Abs. 2 ATSG. Eine Wiedererwägung ist bis zur Beschwerdeantwort im kantonalen verwaltungsgerichtlichen Verfahren möglich (Art. 53 Abs. 3 ATSG).

⁶ Siehe Art. 67 VwVG und Art. 124 BGG.

⁷ Das Wiedererwägungs- und Revisionsrecht schliesst einen Vertrauensschutz (dazu grundlegend BGE 116 V 298 ff.) in den Bestand der bisherigen Versicherungsleistungen grundsätzlich aus. Der Vertrauensschutz gilt nur für wohlerworbene Rechte (vgl. BGE 124 V 201 E. 4b) und in Bezug auf eine gesetzeswidrige Praxis (vgl. BGE 131 V 9 E. 3.7). Im Zusammenhang mit Wiedererwägung und Revision kann der Vertrauensschutz nur dann angerufen werden, wenn die IV während des Anpassungsverfahrens eine falsche Auskunft erteilt hat (siehe z.B. Urteil EVG vom 01.07.2003 [I 286/03] E. 3).

⁸ Die Revisionsgrundsätze sind bei einer rückwirkenden Zusprechung einer abgestuften oder befristeten Invalidenrente analog anzuwenden (BGE 125 V 410 E. 2d und Urteil EVG vom 02.04.2003 [I 388/02] E. 3).

auch dann revidierbar, wenn sich die erwerblichen Auswirkungen des an sich gleich gebliebenen Gesundheitszustands erheblich verändert haben⁹.

Ob eine solche Änderung eingetreten ist, beurteilt sich durch Vergleich des Sachverhalts, wie er im Zeitpunkt der ursprünglichen Rentenverfügung bestanden hat, mit demjenigen zur Zeit der streitigen Revisionsverfügung respektive des Einspracheentscheid¹⁰. In zeitlicher Hinsicht ist eine Verbesserung bzw. Verschlechterung des rentenrelevanten funktionellen Leistungsvermögens von *mindestens dreimonatiger Dauer* erforderlich¹¹.

Sind die Revisionsvoraussetzungen erfüllt, wird die Leistung für die Zukunft entsprechend dem neu ermittelten Invaliditätsgrad erhöht, herabgesetzt oder aufgehoben¹². In den Einzelgesetzen kann dieser Zeitpunkt genau festgelegt oder in Abweichung vom ATSG eine Revision ausgeschlossen werden¹³. *Rentenerhöhungen* erfolgen in der IV *rückwirkend* mit Wirkung ab dem Monat, in dem ein Revisionsgesuch gestellt bzw. die IV-Stelle ein Revisionsverfahren eröffnet hat. *Rentenreduktionen* erfolgen demgegenüber *nicht rückwirkend* bzw. erst mit Wirkung ab dem der Verfügung folgenden Monat¹⁴.

Ohne Eintritt einer rentenrelevanten Tatsachenänderung ist eine Rentenrevision ausgeschlossen¹⁵. Kein Anpassungsgrund liegt insbesondere dann vor, wenn die IV-Stelle bei einer *nachträglichen Prüfung* gewisser Schritte und Elemente der Invaliditätsbemessung, z.B. von Schätzungen, Beweiswürdigungen, Zumutbarkeitsfragen, die notwendigerweise Ermessenszüge aufweisen, *eine andere bzw. strengere Beurteilung* für angemessen hält. In Frage kommt allenfalls eine Wiedererwägung, wenn der frühere Rentenentscheid

⁹ Siehe z.B. BGE 130 V 343 E. 3.5.

¹⁰ Statt vieler BGE 125 V 368 E. 2.

¹¹ Vgl. Art. 88a IVV. Siehe dazu Urteil EVG vom 22.08.2001 (I 11/00) E. 3d.

¹² Siehe Art. 17 Abs. 1 ATSG.

¹³ Statt vieler KIESER, ATSG-Kommentar, N 19 zu Art. 17 ATSG.

¹⁴ Vgl. Art. 88^{bis} IVV.

¹⁵ Vgl. z.B. BGE 112 V 371 E. 2b, ZAK 1986, S. 537 und 539, sowie 1983, S. 118.

vor dem Hintergrund der Sach- und Rechtslage, wie sie sich im Zeitpunkt der rechtskräftigen Leistungszusprechung darbot, nicht mehr als vertretbar erscheint¹⁶.

2. Rentenrelevante Tatsachenänderungen

i. Veränderung der statusrelevanten persönlichen Verhältnisse

Eine Rentenverfügung ist zu revidieren, wenn sich die statusrelevanten persönlichen Verhältnisse verändern. Zu berücksichtigen sind ein *Wechsel in den rentenrelevanten Aufgabenbereichen*¹⁷ oder eine *wesentliche Änderung in dem für die ursprüngliche Methodenwahl zu Grunde gelegten hypothetischen bzw. tatsächlichen Sachverhalt*¹⁸. Je nach neu anwendbarer Invaliditätsmethode bzw. massgeblichen Aufgabenbereichen sind die hierfür gesetzlich vorgesehenen Eingliederungsmassnahmen zu prüfen. Die Eingliederung eines vor Eintritt der Invalidität erwerbstätig gewesenen Versicherten in eine nicht auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ist nicht von vorneherein ausgeschlossen. Immerhin muss aber ein *angemessenes Verhältnis zwischen den Kosten und dem praktischen Nutzen der Massnahme* gegeben sein¹⁹.

ii. Veränderung des rentenrelevanten funktionellen Leistungsvermögens

Sind keine statusrelevanten Veränderungen und auch keine quantitativen oder qualitativen Veränderungen in den rentenrelevanten Aufgabenbereichen eingetreten, kann sich eine Revision aufdrängen, weil sich das rentenrelevante funktionelle Leistungsvermögen des Versicherten verändert hat. Eine solche Veränderung kann sich einerseits aus einer *Verschlechterung oder Verbesserung des Gesundheitszustands*²⁰ oder andererseits aus einer *nicht ge-*

¹⁶ Statt vieler Urteil EVG vom 28.07.2005 (I 276/04) E. 5.1.

¹⁷ Z.B. der (erzwungene) Wechsel von einer unselbstständigerwerbenden zu einer selbstständigerwerbenden Tätigkeit (siehe Urteil EVG vom 03.01.2005 [I 708/03] E. 4).

¹⁸ Vgl. BGE 130 V 345 E. 3.5 und 117 V 198 E. 3b.

¹⁹ Vgl. BGE 108 V 210 E. 1d.

²⁰ Vgl. z.B. BGE 130 V 345 E. 3.5.

sundheitsbedingten Veränderung des rentenrelevanten funktionellen Leistungsvermögens ergeben. Letztere tritt ein, wenn der Versicherte eingliederungsfähig wird²¹, eine Eingliederungsmassnahme, z.B. eine Umschulung, absolviert hat²² oder die Verwertung des erwerblichen Leistungsvermögens auf dem ausgeglichenen Arbeitsmarkt entgegen den ursprünglichen Erwartungen nicht möglich war oder anders als angenommen realisiert werden konnte²³.

iii. Veränderung der rentenrelevanten erwerblichen Umstände

Bei den (Teil-)Erwerbstätigen, deren Invaliditätsgrad nach der Einkommensvergleichsmethode festzusetzen ist, genügt für die Rentenrevision, dass auf Seiten eines der beiden Vergleichseinkommen (Validen- oder Invalideneinkommen) eine Änderung eintritt, die nunmehr den für den Umfang des Rentenanspruchs massgeblichen Invaliditätsgrad verändert²⁴. Eine Revision ist jedoch nur zulässig, wenn die revisionsrelevante Einkommensverbesserung bzw. -verschlechterung jährlich mehr als 1 500 Franken beträgt und eine Kompensation des Minderverdiensts nicht zumutbar ist. Zudem dürfen vom Betrag, der 1 500 Franken übersteigt, nur zwei Drittel berücksichtigt werden²⁵.

C. Wiedererwägung

1. Allgemeines

Der Versicherungsträger kann ferner auf formell rechtskräftige Rentenscheide zurückkommen, wenn diese zweifellos unrichtig sind und ihre Berichtigung von erheblicher Bedeutung ist²⁶.

²¹ Dazu supra Ziffer IV/B/1.

²² Vgl. statt vieler BGE 122 V 77 E. 2b und 116 V 86 E. 4.

²³ Vgl. EVGE 1968, S. 189, und ZAK 1966, S. 274.

²⁴ Statt vieler z.B. ZAK 1986, S. 589 E. 4 und 5.

²⁵ Vgl. Art. 31 Abs. 1 und 2 IVG.

²⁶ Vgl. Art. 53 Abs. 2 ATSG. Eine Wiedererwägung ist bis zur Beschwerdeantwort im kantonalen verwaltungsgerichtlichen Verfahren möglich (Art. 53 Abs. 3 ATSG).

2. Wiedererwägungsvoraussetzungen

Eine zweifellose Unrichtigkeit im wiedererwägungsrechtlichen Sinne liegt vor, wenn die Verfügung auf Grund falscher oder unzutreffender Rechtsregeln erlassen wurde oder massgebliche Bestimmungen nicht oder unrichtig angewendet wurden. Eine gesetzwidrige Leistungszusprechung gilt regelmässig als zweifellos unrichtig²⁷.

Kein Wiedererwägungsgrund besteht dann, wenn materielle Anspruchsvoraussetzungen in Bezug auf die Beurteilung gewisser Schritte und Elemente, z.B. Schätzungen, Beweiswürdigungen, Zumutbarkeitsfragen, notwendigerweise Ermessenszüge aufweisen und deren Beurteilung vor dem Hintergrund der Sach- und Rechtslage, wie sie sich im Zeitpunkt der rechtskräftigen Leistungszusprechung darbot, als vertretbar erscheint²⁸.

3. Wiedererwägung bei unterlassener Eingliederungsabklärung

Das EVG hat verschiedentlich betont, dass die *Zusprechung einer Invalidenrente ohne Prüfung von Eingliederungsmassnahmen eine qualifizierte Unrichtigkeit* darstellt und eine Aufhebung der fraglichen Rentenverfügung rechtfertigt, insbesondere dann, wenn zusätzlich bei der Invaliditätsbemessung zwar die richtige Methode, aber falsche Parameter herangezogen wurden²⁹. Auch eine zeitliche Dringlichkeit rechtfertigt es nicht, auf eine BEFAS-Abklärung zu verzichten und stattdessen eine ganze Invalidenrente zu verfügen und die Durchführung der fraglichen Abklärung für das in Aussicht genommene Revisionsverfahren vorzubehalten³⁰.

Eine qualifizierte Unrichtigkeit verneinte das EVG jedoch in einem Fall, bei dem zwar erst nach der Rentenverfügung berufliche Abklärungen (Berufsberatung, Suche nach einem geschützten Rahmen für einen Arbeitsversuch) eingeleitet wurden, der Versicherte aber eingliederungsunfähig und eine

²⁷ Vgl. z.B. BGE 126 V 399 E. 2b/bb und 103 V 126.

²⁸ Statt vieler Urteil EVG vom 28.07.2005 (I 276/04) E. 5.1.

²⁹ Siehe Urteile EVG vom 21.10.2003 (I 652/02) E. 5.2.1 f. und vom 31.01.2003 (I 559/02) E. 5.

³⁰ Vgl. Urteil EVG vom 31.01.2003 (I 559/02) E. 5.

Revision knapp 10 Monate nach Erlass der Rentenverfügung vorgesehen war³¹.

D. Sonderfälle

1. Aufhebung befristeter Renten

Dauerleistungen, insbesondere Renteleistungen, können grundsätzlich nicht befristet zugesprochen werden. Vorbehalten bleiben jedoch die Fälle, in denen eine (unter Umständen vorläufige) Befristung³² von der Sache her gerechtfertigt ist, wie beispielsweise bei vorübergehender Eingliederungsunfähigkeit oder bei befristeten, insbesondere schulischen oder beruflichen Eingliederungsmassnahmen³³.

Die in eine Rentenverfügung aufgenommene *Befristung* bedeutet nicht, dass damit die Leistungsgewährung über den festgesetzten Endtermin hinaus als abgelehnt oder verweigert gilt. Sie ist vielmehr bloss in dem Sinne zu verstehen, dass nach Ablauf der Leistungsdauer auf Gesuch hin erneut geprüft wird, ob die Voraussetzungen für eine Verlängerung der bisherigen oder neue bzw. andere Versicherungsleistungen erfüllt sind³⁴.

Die *Neubeurteilung nach Eintritt der Befristung* ist deshalb nicht mit einer Rentenrevision vergleichbar, bei der eine Anpassung nur erfolgt, wenn eine wesentliche und dauernde Tatsachenveränderung eingetreten ist. Sie ist vielmehr mit der *Erstbeurteilung nach erstmaliger Anmeldung zum Leistungsbezug* gleichzusetzen, mit der Folge, dass allfällige Eingliederungsmassnahmen, unter Einschluss einer allfälligen Selbsteingliederung³⁵, nach Massgabe der tatsächlichen Verhältnisse im Zeitpunkt des Befristungseintritts umfas-

³¹ Vgl. Urteil EVG vom 30.12.2003 (I 551/03) E. 2.2.4.

³² Denkbar wären auch auflösend bedingte Rentenverfügungen, die so lange gelten, bis ein neues Eingliederungsergebnis vorliegt (in diesem Sinn Urteil VersGer SG vom 22.03.1999 [IV 1996/70 und 1998/169] E. II/4).

³³ Vgl. BGE 125 V 410 E. 2c.

³⁴ Vgl. BGE 125 V 410 E. 2c.

³⁵ Vgl. Urteil EVG vom 22.08.2001 (I 11/00) E. 5.

send zu prüfen sind³⁶ und einer *Weiterberentung* vorgehen, sofern die spezifischen Anspruchsvoraussetzungen der jeweiligen Massnahme gegeben sind³⁷.

Die Prüfung von Eingliederungsmassnahmen ist insbesondere dann angezeigt, wenn der Versicherte mehrere gescheiterte Selbsteingliederungsversuche hinter sich hat, gleichwohl aber auf Grund der medizinischen Akten als eingliederungsfähig erscheint. In einem solchen Fall darf die IV-Stelle die Eingliederungsfrage nicht als erledigt abtun und einen neuen Einkommensvergleich anstellen³⁸.

2. Wiederaufleben der Rente

Die Weiterberentung nach Beendigung einer befristeten Rente ist mit dem *Wiederaufleben der Rente nach einer revisionsweisen Aufhebung des Rentenanspruchs* vergleichbar. In beiden Fällen endet der Rentenanspruch in einem bestimmten Zeitpunkt und kann nur erneut entstehen, wenn die Voraussetzungen von Art. 28 Abs. 1 IVG, insbesondere die Wartefristen, erfüllt sind und die neuerliche Renteninvalidität nicht durch Eingliederungsmassnahmen – unter Einschluss der Selbsteingliederung³⁹ – verhindert werden kann.

Der Ordnungsgeber mildert die Härte der Wartefrist für Versicherte, die früher Anspruch auf eine *unbefristete* Rente hatten, diesen Anspruch aber wegen einer von ihr gemeldeten Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Erhöhung des Beschäftigungsgrads verloren haben, sofern *innert fünf Jahren* nach der revisionsweisen Aufhebung oder Herabsetzung der Rente *eine während 30 Tagen ununterbrochen andauernde Arbeitsunfähigkeit* eintritt⁴⁰.

³⁶ Vgl. Urteil VersGer SG vom 22.03.1999 (IV 1996/70 und 1998/169) E. II/4 und 5.

³⁷ Vgl. Urteil EVG vom 02.04.2003 (I 388/02) E. 5.3. Siehe ferner Urteil EVG vom 14.09.2005 (I 546/04) E. 3 und 4.

³⁸ Vgl. Urteil VersGer SG vom 22.03.1999 (IV 1996/70 und 1998/169) E. II/8.

³⁹ Vgl. Urteil EVG vom 22.08.2001 (I 11/00) E. 5.

⁴⁰ Vgl. Art. 29^{quater} Abs. 1 IVV.

Die IV-Stelle hat in solchen Fällen den Fall summarisch zu prüfen und spätestens 30 Tage nach Eingang der Meldung der Arbeitsunfähigkeit zu entscheiden, ob Massnahmen zur Erhaltung des Arbeitsplatzes angezeigt sind. Sind keine solchen Massnahmen möglich oder führen sie nicht zum Erfolg, so lebt die Rente, auf die vor der Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit oder der Erhöhung des Beschäftigungsgrads Anspruch bestand, ohne erneute Wartezeit wieder auf⁴¹.

III. Eingliederungsabklärungspflicht

A. Vor Erlass einer erstmaligen Rentenverfügung

In Nachachtung des Grundsatzes "Eingliederung vor Rente" geniesst die Eingliederung Priorität vor einer Berentung⁴². Die *Priorität von Eingliederungsmassnahmen* ist in verschiedenen Gesetzesbestimmungen vorgesehen:

- Art. 8 Abs. 1 ATSG macht die Annahme einer Erwerbsunfähigkeit von der Durchführung einer zumutbarer Behandlung und Eingliederung abhängig.
- Art. 16 ATSG definiert den Invaliditätsgrad als eine Grösse, die nach Durchführung der medizinischen Behandlung und allfälliger Eingliederungsmassnahmen zu bestimmen ist.
- Art. 21 Abs. 4 ATSG stipuliert eine Leistungsverweigerung, wenn sich der Versicherte einer zumutbaren Behandlung oder Eingliederung ins Erwerbsleben, die eine wesentliche Verbesserung seines rentenrelevanten funktionellen Leistungsvermögens oder eine neue Erwerbsmöglichkeit verspricht, widersetzt oder diese unterlässt.
- Art. 28 Abs. 1 lit. a IVG macht den Invalidenrentenanspruch davon abhängig, dass trotz der Durchführung zumutbarer Eingliederungsmassnahmen eine über 40 % liegende Beeinträchtigung des rentenrelevanten funktionellen Leistungsvermögens besteht.
- Art. 29 Abs. 2 IVG hindert das Entstehen eines Rentenanspruchs, wenn Eingliederungstaggelder bezahlt werden.

Auf die Anmeldung eines Versicherten hin hat die IV-Stelle *von Amtes wegen* abzuklären, ob vorgängig der Gewährung einer Rente Eingliederungsmass-

⁴¹ Vgl. Art. 29^{quater} Abs. 2 und 3 IVV.

⁴² Siehe z.B. Urteil EVG vom 17.05.2004 (I 88/03) E. 2 und 3 (Umschulung versus Berentung).

nahmen durchzuführen sind, selbst wenn solche vom Versicherten nicht verlangt werden⁴³. Hat der Versicherte anlässlich der Anmeldung eine Invalidenrente beantragt, muss auch darüber verfügt werden. Hat der Versicherte eine Rente beantragt, ist die Anordnung von Eingliederungsmassnahmen ohne expliziten Hinweis, dass über die Rentenfrage erst nach Durchführung der Eingliederungsmassnahmen entschieden werde, unzulässig⁴⁴. Ob der Rechtsgrundsatz Eingliederung vor Rente eingehalten wurde, ist auch von den Gerichtsinstanzen – trotz Bindung an den Beschwerdeantrag⁴⁵ – von Amtes wegen zu prüfen. Die vorinstanzliche Zuspreehung einer Invalidenrente kann deshalb vom Bundesgericht aufgehoben werden, wenn die Eingliederungsfrage weder von der IV noch der kantonalen Instanz geprüft wurde⁴⁶.

Rentenverfügungen, die den Grundsatz "Eingliederung vor Rente" verletzen, können auf Beschwerde des Versicherten hin aufgehoben oder in Wiedererwägung gezogen werden⁴⁷. Wären berufliche Eingliederungsmassnahmen vom Zeitpunkt der Rentenverfügung bis zum Urteilszeitpunkt erfolglos gewesen, ist die Rentenverfügung zumindest für die Zukunft aufzuheben⁴⁸. Ist die Rentenverfügung aus invaliditätsbemessungsimmanenten Gründen bereits qualifiziert unrichtig, ist die Rentenverfügung unbekümmert davon, ob vorgängig die Eingliederungsfrage geprüft wurde oder nicht, aufzuheben⁴⁹.

Ist von der Unzulässigkeit der Rentenverfügung auszugehen, weil sowohl auf die Prüfung von Eingliederungsmassnahmen verzichtet wurde als auch die Invaliditätsbemessung qualifiziert unrichtig erfolgt ist, prüft das EVG, ob der Versicherte bei richtiger Anwendung der massgeblichen Invaliditäts-

⁴³ Vgl. BGE 99 V 212 E. 3.

⁴⁴ Vgl. BGE 99 V 48.

⁴⁵ Siehe z.B. Art. 107 Abs. 1 BGG.

⁴⁶ Siehe z.B. den Anwendungsfall Urteil BGer vom 16.01.2008 (I 128/07).

⁴⁷ Dazu supra Ziffer II/C/3.

⁴⁸ Vgl. Urteil BGer vom 15.02.2008 (9C_70/2008) E. 5.

⁴⁹ Vgl. Urteil EVG vom 31.01.2003 (I 559/02) E. 5.

bemessungsmethode unabhängig von allfälligen Eingliederungsmassnahmen gleichwohl Anspruch auf die an sich unrichtig verfügte Rente hat. Trifft dies zu, bleibt die ursprünglich unrichtige Rentenverfügung in Kraft; auf die Rückweisung zur Prüfung von Eingliederungsmassnahmen wird in einem solchen Fall verzichtet⁵⁰.

B. Vor Erlass einer nachträglichen Rentenrevisionsverfügung

1. Grundsatz

Nicht nur bei der erstmaligen Prüfung des Leistungsgesuchs, sondern auch im *Revisionsfall* hat die Verwaltung von Amtes wegen abzuklären, ob vorgängig der *Weitergewährung, Erhöhung oder Reduktion bzw. Einstellung* einer Rente Eingliederungsmassnahmen durchzuführen sind⁵¹. Eingliederungsmassnahmen sind insbesondere zu prüfen, wenn dem Versicherten knapp ein halbes Jahr vor der Rentenverfügung eine Umschulung bewilligt wurde, diese in der Folge wegen einer Operation vorübergehend unterbrochen werden musste, nach Abschluss der Rekonvaleszenz aber wider Erwarten nicht weitergeführt wird und der Versicherte weiterhin in seinem angestammten Beruf, der nicht geeignet ist, tätig ist⁵².

Die Eingliederungsabklärung umfasst (im Minimum) die Einholung einer Stellungnahme des RAD bzw. des Berufsberaters⁵³. Die Abklärungen müssen aufzeigen, inwieweit der Versicherte die rentenrelevante Verweistätigkeiten in Berücksichtigung des Revisionsgrunds, insbesondere des veränderten Gesundheitszustands, noch ausüben kann und ob die fraglichen Verweistätigkeit(en) auf dem ausgeglichenen Arbeitsmarkt grundsätzlich vor-

⁵⁰ Vgl. Urteil EVG vom 21.10.2003 (I 652/02) E. 5.3.2.

⁵¹ Vgl. Urteile BGer vom 27.05.2008 (9C_24/2008) E. 2.4 und vom 28.04.2008 (9C_720/2007) E. 4 sowie EVG vom 31.05.2000 (I 387/99) E. 2a und vom 23.05.1996 (I 309/95) = AHF 1997/1, S. 36 E. 4a, sowie ZAK 1980, S. 508 E. 2, 1970, S. 294 E. 1, und 1969, S. 385 E. 3b. Siehe ferner Urteile SozVersGer ZH vom 31.08.2007 (IV.2006.01028) E. 1.4 und 5.4 und vom 30.01.2004 (IV.2003.00173) E. 4 f. sowie VersGer SG vom 17.03.2000 (IV 1997/242) E. II/3 und vom 22.03.1999 (IV 1996/70 und 1998/169) E. II/9.

⁵² Vgl. Urteil VersGer SG vom 17.03.2000 (IV 1997/242) E. II/3.

⁵³ Vgl. Rz 1047 KSIH und Urteil SozVersGer ZH vom 31.08.2007 (IV.2006.01028) E. 1.4.

handen sind⁵⁴. Die IV-Stelle hat u. U. Berichte und Auskünfte, z. B. der BEFAS⁵⁵, zu verlangen, Gutachten einzuholen und Abklärungen an Ort und Stelle durchzuführen⁵⁶.

Abzuklären sind alle *rentenrelevante Eingliederungsmassnahmen*. Zu prüfen sind insbesondere eine Arbeitsvermittlung⁵⁷ und eine Umschulung, wenn der Invaliditätsgrad unbestrittenermassen über 40 % liegt⁵⁸. Wird eine Eingliederung nicht für möglich gehalten, müssen dafür *konkrete und objektive Hinweise* vorliegen. Die IV-Stelle darf sich nicht bloss auf die subjektiven Angaben des Versicherten stützen⁵⁹.

2. Ausnahmen

i. Untergang des Anspruchs auf Eingliederungsmassnahmen

Ein Anspruch auf Gewährung von Eingliederungsmassnahmen im Rentenrevisionsverfahren lässt sich weder aus der Verordnung Nr. 1408/71 noch aus dem Anhang II zum FZA ableiten. Insbesondere endet die im Anhang II zum FZA vorgesehene Verlängerung der Versicherung spätestens in dem Zeitpunkt, in welchem der Fall durch Zusprechung einer Rente definitiv abgeschlossen wird oder die Eingliederung erfolgreich durchgeführt worden ist⁶⁰.

⁵⁴ Vgl. Rz 3047 ff. KSIH.

⁵⁵ Vgl. Urteil SozVersGer ZH vom 31.08.2007 (IV.2006.01028) E. 5.4.

⁵⁶ Vgl. Art. 69 Abs. 2 IVV.

⁵⁷ Vgl. Urteil EVG vom 20.11.1969 i.S. A.E. = ZAK 1970, S. 294 (Landwirt).

⁵⁸ Vgl. Urteil SozVersGer ZH vom 30.01.2004 (IV.2003.00173) E. 4 und 5.

⁵⁹ Vgl. ZAK 1981, S. 47.

⁶⁰ Vgl. BGE 132 V 244 E. 6.

ii. Zumutbare Selbsteingliederung

Allfällige berufliche Eingliederungsmassnahmen können infolge *Priorität der Selbsteingliederung* bei einer Verbesserung des rentenrelevanten funktionellen Leistungsvermögens, z.B. im Zusammenhang mit einer Besserung des Gesundheitszustands, durch die IV-Stelle ferner unterbleiben, wenn der Versicherte, der seine bisherige Erwerbstätigkeit status- oder gesundheitsbedingt aufgibt, eine andere Verweisungstätigkeit im gleichen Umfang wie vor Eintritt der rentenrelevanten Tatsachenveränderung ausüben kann⁶¹ oder das rentenrelevante funktionelle Leistungsdefizit in seiner bisherigen Erwerbstätigkeit zumutbarerweise soweit kompensieren könnte, dass *keine Erhöhung des Invaliditätsgrads* bzw. der Invalidenrente notwendig ist.

Nach der Meinung des Bundesgerichts kommt auch eine *Rentenreduktion bzw. -einstellung* als Folge einer zumutbaren Selbsteingliederung in Frage⁶². Im Hinblick auf das *Verbot einer Rentenanpassung infolge einer nachträglich strengeren Beurteilung*⁶³ kommt eine Rentenanpassung nach unten gestützt auf die Selbsteingliederung nur beim Vorliegen eines Revisionsgrunds, z.B. eines dauerhaft verbesserten Gesundheitszustands, in Frage. Das Bundesgericht verlangt denn auch eine *Klärung des medizinischen Tatbestands* (Diagnose, Bemessung der Arbeitsfähigkeit) und die *Einholung einer fachärztlichen Stellungnahme zur Selbsteingliederungskapazität des Versicherten*⁶⁴ und gegebenenfalls die *Durchführung des Mahn- und Bedenkzeitverfahrens* nach Art. 21 Abs. 4 ATSG⁶⁵.

Bei der *Selbsteingliederungsabklärung* sind u.a. folgende Kriterien zu berücksichtigen⁶⁶:

⁶¹ Vgl. ZAK 1980, S. 508.

⁶² Vgl. Urteile BGer vom 27.05.2008 (9C_24/2008) E. 2.4 und vom 28.04.2008 (9C_720/2007) E. 4.1 f.

⁶³ Dazu supra Ziffern II/B/1 und II/C/2.

⁶⁴ Vgl. Urteil BGer vom 27.05.2008 (9C_24/2008) E. 2.4.

⁶⁵ Vgl. Urteile BGer vom 27.05.2008 (9C_24/2008) E. 2.3.3.

⁶⁶ Vgl. Urteil BGer vom 28.04.2008 (9C_720/2007) E. 4.2

- *besondere Umstände, vor allem in medizinischer Hinsicht,*
- *die psychischen Auswirkungen einer langjährigen Chronifizierung und Arbeitsabstinenz,*
- *Dauer des Rentenbezugs,*
- *Wissen und Fähigkeiten bzw. das Leistungsprofil des Versicherten,*
- *berufliche Erfahrungen aus der Zeit vor Invaliditätseintritt.*

Dem Versicherten ist eine hinreichende *Einarbeitungs- bzw. Angewöhnungszeit* zu gewähren⁶⁷.

iii. Fehlende Eingliederungsbereitschaft

Eine erneute Eingliederungsabklärung ist obsolet, wenn der Versicherte die *Voraussetzung der subjektiven Eingliederungsfähigkeit* nicht erfüllt bzw. bei ihm keine Eingliederungsbereitschaft vorhanden ist⁶⁸. In einem solchen Fall ist dem Versicherten der mutmassliche Eingliederungserfolg der verweigerten Eingliederungsmassnahme anzurechnen. Ein Verzicht ist insbesondere dann zulässig, wenn berufliche Eingliederungsmassnahmen bereits erfolglos durchgeführt wurden. In einem solchen Fall muss die IV-Stelle über den erneuten Eingliederungsantrag nicht separat verfügen, wenn "die Anmeldung und die Vorbringen im Vorbescheidverfahren keinen Anlass gaben, zusätzlich zur Rentenverfügung eine formelle Verfügung über die Eingliederungsberechtigung zu erlassen"⁶⁹.

iv. Fehlende Rentenrelevanz

Die Eingliederungsmassnahmen bestehen in *medizinischen Massnahmen*⁷⁰, *Integrationsmassnahmen zur Vorbereitung auf die berufliche Eingliederung*⁷¹, be-

⁶⁷ Vgl. Urteil BGer vom 28.04.2008 (9C_720/2007) E. 4.2.

⁶⁸ Vgl. Urteil EVG vom 27.05.2003 (I 66/03) E. 4.2.

⁶⁹ Urteil EVG vom 27.05.2003 (I 66/03) E. 4.2.

⁷⁰ Vgl. Art. 12 ff. IVG.

⁷¹ Vgl. Art. 14a IVG.

ruflichen Massnahmen⁷², Hilfsmitteln⁷³ und Taggeldern⁷⁴. Für diese verschiedenen Massnahmen und Leistungen bestehen je spezifische Anspruchsvoraussetzungen. Von besonderer Bedeutung ist, ob die jeweilige Eingliederungsmassnahme rentenrelevant ist oder nicht.

Grundsätzlich sollen die Eingliederungsmassnahmen die Erwerbsfähigkeit oder die Fähigkeit, sich im Aufgabenbereich zu betätigen, wiederherstellen, erhalten oder verbessern⁷⁵. Ob ein solcher *erwerblicher bzw. rentenrelevanter Eingliederungserfolg* besteht, beurteilt sich unabhängig davon, ob vor Eintritt der Invalidität eine Erwerbstätigkeit ausgeübt wurde. Zudem ist für die Beurteilung des erwerblichen Eingliederungserfolgs die gesamte noch zu erwartende Dauer des Erwerbslebens zu berücksichtigen⁷⁶.

Der Anspruch auf *medizinische Massnahmen bei Geburtsgebrechen* und derjenige auf *Hilfsmittel* bestehen unabhängig von der Möglichkeit einer Eingliederung ins Erwerbsleben oder in den Aufgabenbereich⁷⁷. Der Anspruch auf *berufliche Weiterausbildung* hängt ebenfalls nicht davon ab, ob die Eingliederungsmassnahmen notwendig sind oder nicht, um das rentenrelevante funktionelle Leistungsvermögen wiederherzustellen, zu erhalten oder zu verbessern⁷⁸.

Die Eingliederungsmassnahmen, die keinen rentenrelevanten Eingliederungserfolg voraussetzen bzw. unabhängig von ihren Auswirkungen für das rentenrelevante funktionelle Leistungsvermögen gewährt werden⁷⁹, wirken

⁷² Vgl. Art. 15 ff. IVG.

⁷³ Vgl. Art. 21 f. IVG.

⁷⁴ Vgl. Art. 22 ff. IVG.

⁷⁵ Vgl. Art. 8 Abs. 1 lit. a IVG.

⁷⁶ Vgl. Art. 8 Abs. 1^{bis} IVG.

⁷⁷ Vgl. Art. 8 Abs. 2 IVG.

⁷⁸ Vgl. Art. 8 Abs. 2^{bis} IVG.

⁷⁹ Bei gewissen Hilfsmitteln verlangt das Bundesgericht ein besonders gesteigertes Eingliederungsbedürfnis, insbesondere im Hinblick auf spezielle berufliche Anforderungen an die Gehfähigkeit und Herabsetzung des Sturzrisikos (BGE 132 V 215 E. 4.3.3 und 4.3.4 [C-Leg-Kniegelenksystem]).

sich von vornherein nicht auf den Rentenanspruch aus bzw. sind unabhängig von diesem zu gewähren. Im Rahmen eines Rentenrevisionsverfahrens sind rentenirrelevante Eingliederungsmassnahmen nicht zu überprüfen. Allfällige durch die fragliche Massnahme, z.B. ein Hilfsmittel, eintretende *Funktionsgewinne* dürfen zudem nicht anspruchssreduzierend berücksichtigt werden⁸⁰.

Eingliederungsmassnahmen, die nur Erwerbstätigen gewährt werden bzw. die einen erwerblichen Eingliederungserfolg voraussetzen, sind *a priori* rentenrelevant und können eine Anpassung der Rente zur Folge haben, wenn sie das rentenrelevante funktionelle Leistungsvermögen in einem für den Invaliditätsgrad massgeblichen Ausmass beeinflussen. Keine Anpassung ist angezeigt, wenn die Eingliederungsmassnahme lediglich dazu dient, das rentenrelevante funktionelle Leistungsvermögen, das der früheren Rentenverfügung zu Grunde gelegt wurde, wiederherzustellen oder zu erhalten.

C. Anwendungsfälle

1. Eingliederung vor Weitergewähren der bisherigen Rente

Im Rahmen einer Revision darf die bisherige Rente nicht einfach bestätigt bzw. weiter ausgerichtet werden. Es muss ebenfalls geprüft werden, ob ein Eingliederungsbedarf besteht⁸¹. Die bisherige Rente darf erst bestätigt werden, wenn entweder kein Eingliederungsbedarf besteht oder allfällige Eingliederungsmassnahmen durchgeführt worden sind, diese aber den Invaliditätsgrad nicht beeinflussen.

Bestätigt die IV die bisherige Rentenverfügung ohne Eingliederungsabklärung, ist diese Rentenrevisionsverfügung zwar mangelhaft, bleibt aber in Kraft⁸² bzw. wird aufgehoben⁸³. Der Versicherte erhält – unabhängig, ob die

⁸⁰ Analog BGE 117 V 71 E. 3c/cc (unerheblich für die Bemessung des Integritätsschadens ist, ob dieser mit einem Hilfsmittel ganz oder teilweise ausgeglichen werden kann).

⁸¹ Vgl. Urteile EVG vom 31.05.2000 (I 387/99) E. 2a und vom 20.11.1969 i.S. A.E. = ZAK 1970, S. 294, sowie VersGer SG vom 17.03.2000 (IV 1997/242) E. II/3d.

⁸² So z.B. Urteil EVG vom 31.05.2000 (I 387/99) E. 2a.

Bestätigungsverfügung aufgehoben wird oder weiterbesteht – weiterhin seine bisherige Rente, die IV muss aber Eingliederungsmassnahmen prüfen und anschliessend verfügen. Nach Abschluss der gegebenenfalls durchzuführenden Eingliederungsmassnahmen ist deren Erfolg von Amtes wegen zu überprüfen und, bei Vorliegen eines Revisionsgrunds, über die Rente neu zu verfügen oder deren unveränderte Ausrichtung zu bestätigen⁸⁴.

2. Eingliederung vor Rentenerhöhung

Die Eingliederungsabklärungspflicht gilt auch dann, wenn der Versicherte oder die Verwaltung selbst eine Rentenerhöhung für angezeigt hält. Bevor eine Rentenerhöhung verfügt werden kann, ist zu prüfen, ob die durch den Revisionsgrund, z.B. den verschlechterten Gesundheitszustand, an sich indizierte Rentenerhöhung durch allfällige Selbst- oder andere Eingliederungsmassnahmen kompensiert werden kann⁸⁵.

3. Eingliederung vor Rentenreduktion bzw. -einstellung

Da Eingliederungsmassnahmen nur angeordnet werden dürfen, wenn *ex ante* ein Eingliederungserfolg überwiegend wahrscheinlich ist, und erfolversprechende Eingliederungsmassnahmen in der Regel eine Verbesserung des rentenrelevanten funktionellen Leistungsvermögens zur Folge haben und damit eine (weitergehende) Rentenreduktion indizieren, stellt sich die Frage, ob in jedem Fall, insbesondere auch einer von der IV beabsichtigten Renteneinstellung, eine *umfassende Eingliederungsabklärung* durchzuführen ist.

Die Absicht der IV, eine Rente zu reduzieren bzw. einzustellen, beinhaltet implizit eine Verneinung des Eingliederungsbedarfs bzw. der Eingliederungswirksamkeit. Eine noch geringere Bereitschaft der IV für die Abklä-

⁸³ So z.B. Urteile EVG vom 20.11.1969 i.S. A.E. = ZAK 1970, S. 294, und VersGer SG vom 17.03.2000 (IV 1997/242) E. II/4a.

⁸⁴ Vgl. Urteil EVG vom 31.05.2000 (I 387/99) E. 2a.

⁸⁵ Dazu supra Ziffer III/B/2/ii.

rung und Durchführung von Eingliederungsmassnahmen besteht im Fall einer beabsichtigten Renteneinstellung, bei der Eingliederungsmassnahmen von vornherein eine noch weitergehende Reduktion nicht bewirken können. *Prima vista* macht eine Eingliederungsabklärung daher wenig Sinn, wenn die Rente herabgesetzt bzw. aufgehoben werden soll.

Da der Versicherte *Anspruch auf rentenrelevante Eingliederungsmassnahmen* hat, nicht zuletzt um seine (Rest-)Erwerbsfähigkeit zu erhalten⁸⁶, ist eine Eingliederungsabklärung auch bei einer beabsichtigten Rentenreduktion bzw. -einstellung angezeigt. Hat der Versicherte Eingliederungsmassnahmen im Rentenrevisionsfall explizit beantragt, z.B. eine Umschulung, sind die spezifischen Anspruchsvoraussetzungen zu prüfen, unabhängig davon, ob der Versicherte in Zukunft dieselbe oder eine tiefere Rente erhalten wird⁸⁷.

Im Rahmen des Eingliederungsabklärungsverfahrens kann sich zudem herausstellen, dass die ursprüngliche Annahme der IV-Stelle einer verbesserten rentenrelevanten Leistungssteigerung falsch war. Eingliederungsmassnahmen können schliesslich auch bei einer beabsichtigten Rentenreduktion zu einer *weitergehenden Rentenanpassung* nach unten oder sogar einer Renteneinstellung führen, wenn der Versicherte z.B. nach einer erfolgreichen Umschulung ein rentenausschliessendes Einkommen erzielt. Ein *Abklärungsinteresse* ist so nicht nur für den Versicherten, sondern auch für die IV zu bejahen.

Die Rechtsprechung bejaht deshalb zu Recht eine *Eingliederungsabklärungspflicht auch in Rentenreduktions- bzw. Renteneinstellungsfällen*⁸⁸. Eine Eingliederungsabklärung ist insbesondere angezeigt, wenn die IV bei einem Versicherten, der seit 1991 eine ganze Rente erhält, 2007 ein Revisionsverfahren eröffnet und die Rente ohne vorgängige Eingliederungsabklärung mit der Begründung einstellt, gemäss aktuellem Tabellenlohnvergleich betrage der

⁸⁶ Vgl. Art. 8 Abs. 1 lit. a IVG.

⁸⁷ Vgl. Urteil SozVersGer ZH vom 30.01.2004 (IV.2003.00173) E. 4.

⁸⁸ Vgl. Urteile BGer vom 28.04.2008 (9C_720/2007) E. 4.1 und vom 28.04.2008 (9C_720/2007) E. 4.1 f. und EVG vom 13.01.1969 i.S. C.W. = ZAK 1969, S. 385 E. 3e, sowie SozVersGer ZH vom 31.08.2007 (IV.2006.01028) E. 5.4.

Invaliditätsgrad nur noch 20 %⁸⁹. Das Zürcher Sozialversicherungsgericht hat die Eingliederungsabklärungspflicht auch in einem Fall bejaht, in dem die IV bei einer Coiffeuse bereit sein Jahr nach Zusprechung einer ganzen Rente ein Revisionsverfahren eröffnet und die Rente eingestellt hat⁹⁰.

Die eingliederungsrechtlich mangelhafte Rentenrevisionsverfügung ist aufzuheben⁹¹ bzw. zu bestätigen, wenn die Reduktion bzw. Einstellung zulässig ist, aber Eingliederungsmassnahmen ungeprüft blieben⁹². Der Versicherte erhält bei Aufhebung der Reduktions- bzw. Einstellungsverfügung die bisherige Rente bis zum Abschluss von allfälligen Eingliederungsmassnahmen. Im Anschluss ist eine erneute Rentenrevision durchzuführen und die bisherige Rente anzupassen⁹³.

IV. Rechtsfolgen einer eingliederungsrechtlich mangelhaften Rentenrevisionsverfügung

A. Prozessuale Rechtsfolgen

1. Suspensiveffekt

i. Allgemeines

Wird vorgängig des Erlasses einer Rentenrevisionsverfügung keine Eingliederungsabklärung durchgeführt, ist die Rentenrevisionsverfügung infolge einer Bundesrechtsverletzung anfechtbar bzw. kann – wie eine Rentenverfügung – in Wiedererwägung gezogen werden⁹⁴. Wird die Rentenrevisionsverfügung angefochten, entfaltet sie bis zum rechtskräftigen Abschluss des

⁸⁹ Vgl. Urteil BGer vom 28.04.2008 (9C_720/2007) E. 4.1.

⁹⁰ Vgl. Urteil SozVersGer ZH vom 31.08.2007 (IV.2006.01028) E. 5.4.

⁹¹ Vgl. Urteile BGer vom 28.04.2008 (9C_720/2007) E. 4.1 und vom 28.04.2008 (9C_720/2007) E. 4.1 f. sowie SozVersGer ZH vom 31.08.2007 (IV.2006.01028) E. 5.4

⁹² So z.B. Urteile EVG vom 12.11.1979 i.S. A.V. = ZAK 1980, S. 508 E. 4, und SozVersGer ZH vom 30.01.2004 (IV.2003.00173) E. 5.

⁹³ Vgl. Urteile BGer vom 28.04.2008 (9C_720/2007) E. 4.2 und SozVersGer ZH vom 31.08.2007 (IV.2006.01028) E. 5.4.

⁹⁴ Dazu supra Ziffer II/C/3.

Rechtsmittelverfahrens auf Grund des *Suspensiveffekts*⁹⁵ keine Rechtswirkung.

Der frühere mit der Rentenrevisionsverfügung veränderte Rechtszustand bleibt während der Dauer des Beschwerdeverfahrens bestehen:

- Wurde mit der angefochtenen Revisionsverfügung die frühere Rente erhöht, kann dem Versicherten, der eine noch höhere Rente geltend macht, nur die ursprüngliche bzw. tiefere Rente ausbezahlt werden.
- Wurde mit der angefochtenen Revisionsverfügung die frühere Rente reduziert oder eingestellt, muss dem Versicherten, der sich gegen die Rentenreduktion bzw. -einstellung wehrt, weiterhin die ursprüngliche bzw. höhere Rente ausbezahlt werden.

ii. Entzug der aufschiebenden Wirkung

Hat die Verfügung eine *Sachleistung* zum Gegenstand, können sowohl die Vorinstanz als auch die Beschwerdeinstanz, ihr Vorsitzender oder ein Instruktionsrichter einer allfälligen Beschwerde die aufschiebende Wirkung entziehen⁹⁶. Ein Entzug der aufschiebenden Wirkung kommt bei *Geldleistungen* grundsätzlich nicht in Frage. Die IV-Stelle ist jedoch ausnahmsweise berechtigt, auch bei Geldleistungen, insbesondere in Rentenrevisionsfällen, die aufschiebende Wirkung zu entziehen⁹⁷. Die Entzugsverfügung stellt einen selbstständig anfechtbaren Zwischenentscheid dar⁹⁸, deren Aufhebung verlangt werden kann, wenn ein nicht wiedergutzumachender Nachteil droht⁹⁹.

⁹⁵ Vgl. Art. 55 Abs. 1 ATSG i.V.m. Art. 55 Abs. 1 VwVG

⁹⁶ Vgl. Art. 54 Abs. 1 lit. c ATSG sowie Art. 55 Abs. 1 ATSG i.V.m. Art. 55 Abs. 3 VwVG.

⁹⁷ Vgl. Art. 97 Abs. 2 AHVG i.V.m. Art. 81 IVG.

⁹⁸ Vgl. Art. 93 Abs. 1 lit. a BGG.

⁹⁹ Nach der Rechtsprechung liegt ein nicht wiedergutzumachender Nachteil insbesondere dann vor, wenn die plötzliche Einstellung finanzieller Unterstützung eine Person aus dem wirtschaftlichen Gleichgewicht bringen und zu kostspieligen oder sonstwie unzumutbaren Massnahmen zwingen würde (BGE 119 V 487 E. 2b). Die Aufhebung einer ganzen IV-Rente stellt einen solchen Nachteil dar (Urteil EVG vom 12.03.2002 [I 51/02] E. 1b).

Die IV-Stelle entzieht die aufschiebende Wirkung beim Erlass einer Rentenrevisionsverfügung nur dann, wenn sie verhindern will, dass der Versicherte, der sich gegen eine *Rentenreduktion bzw. -einstellung* wehrt, während der Prozessdauer die bisherige höhere Rente erhält, die beim nachträglichen Obsiegen zurückgefordert werden müsste. Bei einer *Rentenerhöhung* haben beide Parteien ein Interesse an einem Entzug der aufschiebenden Wirkung. Die IV-Stelle will dem Versicherten höhere Rentenleistungen gewähren und sollte deshalb konsequenterweise den Suspensiveffekt entziehen. Der Versicherte möchte u. U. zwar noch höhere Rentenleistungen, er wird aber trotzdem mit der Aufhebung des Suspensiveffekts einverstanden sein, weil er in diesem Fall während der Prozessdauer statt die früheren tieferen bereits höhere Rentenleistungen erhält. Ein Entzug des Suspensiveffekts bedeutet wegen der Möglichkeit einer *reformatio in peius*¹⁰⁰ jedoch nicht, dass der Versicherte die vorläufig vollstreckbare Rentenerhöhung auf Dauer erhält.

Wurde die Eingliederungsabklärungspflicht missachtet, stellt sich bei der *Rentenreduktion bzw. -einstellung* die Frage, ob die Leistungskürzung berechtigt war oder nicht noch weitergehend hätte ausfallen müssen, wenn eine Eingliederungsabklärung stattgefunden hätte. Bei einer *Rentenerhöhung* ohne vorgängige Eingliederungsabklärung ist fraglich, ob die Leistungserhöhung durch rentenrelevante Eingliederungsmassnahmen hätte verhindert werden können. Ein *Interesse an einem Entzug der aufschiebenden Wirkung* haben in Bezug auf:

- die Berechtigung zu einer Leistungskürzung der Versicherte,
- eine weitergehende Leistungskürzung die IV-Stelle bzw. der Staat und
- die Berechtigung zu einer Leistungserhöhung die IV-Stelle bzw. der Staat.

Die *IV-Stelle* wird aber in den Fällen, in denen sie ein Interesse hätte bzw. haben müsste, die aufschiebende Wirkung nicht entziehen, weil die verfügte Leistungskürzung bzw. -erhöhung ihren Vorstellungen entspricht. Der *Versicherte* wird im Fall der von ihm bestrittenen Leistungskürzung keinen Entzug der aufschiebenden Wirkung wollen, weil sonst die Leistungskürzung

¹⁰⁰ Siehe Art. 61 lit. d ATSG.

vorläufig vollstreckbar wäre. Er wird sich vielmehr darum bemühen, dass der allenfalls von der IV-Stelle entzogene Suspensiveffekt während der Dauer des Rechtsmittelverfahrens wiederhergestellt wird¹⁰¹.

Es fragt sich deshalb, ob die *Beschwerdeinstanz* bei einer unterbliebenen Eingliederungsabklärung von Amtes wegen einer Beschwerde gegen eine fehlerhafte Rentenrevisionsverfügung die aufschiebende Wirkung zu entziehen hat. Ein Entzug der aufschiebenden Wirkung ist gerechtfertigt, wenn anhand des Sachverhalts, der sich aus den vorhandenen Akten ergibt, *gewichtige Gründe für die sofortige Vollstreckbarkeit* der Verfügung sprechen und diese gewichtiger sind als jene, die für die gegenteilige Lösung angeführt werden können. Bei der Abwägung der Gründe für und gegen die sofortige Vollstreckbarkeit können auch die Aussichten auf den Ausgang des Verfahrens in der Hauptsache ins Gewicht fallen, wobei nur eindeutige Aussichten einen Entzug der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen¹⁰².

Ist die Beschwerdeinstanz nach einer vorläufigen Beurteilung der Meinung, dass gewichtige Gründe für eine Eingliederungsabklärung bestanden hätten und als Folge davon tiefere bzw. die bisherigen Rentenleistungen indiziert gewesen wären, könnte sie theoretisch einer Beschwerde des Versicherten, der sich gegen die verfügte Rentenkürzung wehrt bzw. eine noch höhere Rente beantragt, die aufschiebende Wirkung entziehen. Sie wird dies allerdings nicht tun, weil ein Entzug des Suspensiveffekts die *vorläufige Vollstreckbarkeit der Rentenrevisionsverfügung* und damit des von der Beschwerdeinstanz als unzutreffend eingeschätzten Revisionsentscheids zur Folge hätte.

iii. Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung

Hat die IV-Stelle einer allfälligen Beschwerde gegen die Rentenrevisionsverfügung, mit der eine Rente gekürzt oder eingestellt wird, die aufschiebende Wirkung entzogen, wird sich der Versicherte darum bemühen, dass der entzogene Suspensiveffekt während der Dauer des Rechtsmittelverfahrens wiederhergestellt wird.

¹⁰¹ Dazu sogleich nachfolgende Ziffer.

¹⁰² Vgl. BGE 124 V 82 E. 6a.

Die Beschwerdeinstanz hat über die Berechtigung des Entzugs des Suspensiveffekts nach dem Grundsatz der Rechtsanwendung von Amtes wegen anhand der Akten nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden und überprüft Entzugsentscheide der IV-Stelle mit voller Kognition, weshalb in Bezug auf die aufschiebende Wirkung keine Verletzung des rechtlichen Gehörs vorliegt, wenn die IV-Stelle den Entzug der aufschiebenden Wirkung nicht näher begründet hat. Eine Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung hat zu erfolgen, wenn die Rentenrevisionsverfügung voraussichtlich aufzuheben bzw. der Prozessausgang nicht offen ist¹⁰³.

Der Versicherte hat solchermassen glaubhaft zu machen, dass die Rentenkürzung bzw. -aufhebung nicht zulässig ist, sei es, weil die falschen Invaliditätsbemessungsparameter verwendet oder notwendige Eingliederungsmassnahmen nicht geprüft bzw. unterlassen wurden¹⁰⁴.

iv. Weitergeltung des Entzugs der aufschiebenden Wirkung

Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung bleibt der Entzug der aufschiebenden Wirkung nach Eintritt der Rechtskraft des Beschwerdeentscheids in Kraft, sofern die Sache an die Verwaltung zurückgewiesen wird¹⁰⁵. Die Weitergeltung des Entzugs der aufschiebenden Wirkung bzw. die vorläufige Vollstreckbarkeit einer an sich aufgehobenen Rentenrevisionsverfügung bis zum Erlass einer neuen Rentenrevisionsverfügung gilt unter Vorbehalt einer allfällig missbräuchlichen Provozierung eines möglichst frühen Revisionszeitpunkts durch die Verwaltung¹⁰⁶.

Das EVG rechtfertigt die Weitergeltung des Suspensiveffekts bzw. die *vorläufige Vollstreckbarkeit der (aufgehobenen) Rentenrevisionsverfügung bei Rückweisungsentscheiden* mit der Notwendigkeit von Rückforderungen zu Unrecht bezogener Renten und dem Umstand, dass die Beschwerdeinstanz die

¹⁰³ Vgl. Urteil EVG vom 12.03.2002 (I 51/02) E. 3b.

¹⁰⁴ Vgl. Entscheid des Versicherungsgerichtspräsidenten des VersGer SG, Abteilung II, vom 27.03.2007 (IV 2007/9 Z).

¹⁰⁵ Vgl. BGE 129 V 370 E. 4.3 und 106 V 18 E. 3d.

¹⁰⁶ Vgl. BGE 106 V 18 E. 3d.

noch notwendigen Abklärungen selber vornehmen und je nach deren Ergebnis die angefochtene Rentenrevisionsverfügung bestätigen oder korrigieren könnte¹⁰⁷.

Es wird zwar anerkannt, dass der Entzug der aufschiebenden Wirkung mit dem Rechtskrafteintritt des gerichtlichen Rückweisungsentscheids, mit dem die Rentenrevisionsverfügung aufgehoben wird¹⁰⁸, an sich zwingend dahinfällt und die IV-Stelle nur im Rahmen von *vorsorglichen Massnahmen* eine Herabsetzung bzw. einen Rentenstopp bis zum Erlass einer neuen Rentenrevisionsverfügung anordnen könnte. Die Bundesrichter erachten aber unter verwaltungsökonomischen Gesichtspunkten eine solche korrekte Vorgehensweise "gerade für die Sozialversicherung als typische Massenverwaltung" als unzumutbar¹⁰⁹.

Diese Rechtsprechung wurde von SCHLAURI¹¹⁰ und KIESER¹¹¹ kritisiert. Die von diesen Autoren vorgebrachten prozessualen Einwände hat das EVG im Jahr 2003 verworfen¹¹². Es sei trotzdem erlaubt, darauf hinzuweisen, dass die Vorenthaltung einer an sich rechtskräftig verfügten und vollstreckbaren Rente bis zum Abschluss eines neuerlichen Revisionsverfahrens rechtsungleich ist:

- Die Weitergeltung des Suspensiveffekts bzw. die vorläufige Vollstreckbarkeit der (aufgehobenen) Rentenrevisionsverfügung gilt nämlich nur für Rentenrevisionsverfügungen, welche die bisherige Rente reduziert bzw. eingestellt haben, und zudem nur, wenn die IV-Stelle die aufschiebende Wirkung entzogen hat. Wurde die aufschiebende Wirkung nicht entzogen, gilt die bisherige Rente weiter. Im ersten Fall

¹⁰⁷ Vgl. BGE 129 V 370 E. 4.3.

¹⁰⁸ Dazu sogleich nachfolgende Ziffer.

¹⁰⁹ Vgl. BGE 129 V 370 E. 4.4.

¹¹⁰ Siehe SCHLAURI FRANZ, Die vorsorgliche Einstellung von Dauerleistungen in der Sozialversicherung, in: Schaffhauser/Schlauri (Hrsg.), Die Revision von Dauerleistungen der Sozialversicherung, St. Gallen 1999, S. 205 ff.

¹¹¹ Vgl. KIESER UELI, Das Verwaltungsverfahren in der Sozialversicherung, Zürich 1999, S. 195 Fn 1072.

¹¹² Vgl. BGE 129 V 370 ff.

erhält der Versicherte die tiefere, im zweiten Fall die bisherige Invalidenrente.

- Hat die IV-Stelle eine ungenügende Rentenerhöhung vorgenommen und weist die Beschwerdeinstanz die Angelegenheit an die Vorinstanz zurück, erhält der Versicherte bis zum Abschluss des neuen Revisionsverfahrens nur seine bisherige, nicht aber eine höhere Invalidenrente. Selbst wenn im Anschluss eine rückwirkende Rentenerhöhung ab dem ersten Revisionszeitpunkt verfügt wird, wird der Versicherte nicht vollständig entschädigt, weil ein Verzugszins erst nach Ablauf von 24 Monaten nach der Entstehung des Anspruchs, frühestens aber 12 Monate nach dessen Geltendmachung entsteht¹¹³.

2. Aufhebung oder Bestätigung der eingliederungsrechtlich mangelhaften Rentenrevisionsverfügung?

Die Rechtsprechung ist widersprüchlich mit Bezug auf den *Rechtsbestand einer eingliederungsrechtlich mangelhaften Rentenrevisionsverfügung*. Bald lassen die Gerichte eingliederungsrechtlich mangelhafte *Bestätigungsverfügungen* in Kraft¹¹⁴, bald heben sie sie auf¹¹⁵. Dasselbe gilt bei *Rentenreduktions- bzw. Renteneinstellungsverfügungen*; diese werden zwar regelmässig aufgehoben¹¹⁶, ausnahmsweise zwar bestätigt, gleichwohl aber eine Rückweisung angeordnet¹¹⁷. Der *Weiterbestand einer bundesrechtswidrigen Rentenrevisionsverfügung* ist *nicht gerechtfertigt*. Die Aufhebung der – in eingliederungsrechtlicher Hinsicht fehlerhaften – Revisionsverfügung ist konform mit der sonst üblichen Vorgehensweise bei fehlerhaften Rentenverfügungen und der wiedererwä-

¹¹³ Vgl. Art. 26 Abs. 2 ATSG.

¹¹⁴ So z.B. Urteil EVG vom 31.05.2000 (I 387/99) E. 2a.

¹¹⁵ So z.B. Urteile EVG vom 20.11.1969 i.S. A.E. = ZAK 1970, S. 294, und VersGer SG vom 17.03.2000 (IV 1997/242) E. II/4a.

¹¹⁶ Vgl. Urteile BGer vom 28.04.2008 (9C_720/2007) E. 4.1 und vom 28.04.2008 (9C_720/2007) E. 4.1 f. sowie SozVersGer ZH vom 31.08.2007 (IV.2006.01028) E. 5.4.

¹¹⁷ So z.B. Urteile EVG vom 12.11.1979 i.S. A.V. = ZAK 1980, S. 508 E. 4, und SozVersGer ZH vom 30.01.2004 (IV.2003.00173) E. 5.

gungsweisen Aufhebung ursprünglich fehlerhafter Rentenverfügungen¹¹⁸, kontrastiert jedoch mit der Praxis zur Weitergeltung einer fehlerhaften Rentenrevisionsverfügung, mit der eine Rentenreduktion angeordnet und der Suspensiveffekt entzogen wurde. Weder das Weiterandauern der vorläufigen Vollstreckbarkeit noch das im Ergebnis wirkungsgleiche Weiterbestehen einer mangelhaften Revisionsverfügung sind überzeugend.

Es ist kein Grund ersichtlich, warum bei einer Revision einer bisherigen Rente anderes gelten soll als bei der erstmaligen Zusprechung einer Rente und eine bloss vorfrageweise festgestellte Fehlerhaftigkeit in Bezug auf eine mit dem Anfechtungsgegenstand nicht identische Rechtsfrage eine Aufhebung der Verfügung ausschliessen soll. Sowohl der Invaliditätsbegriff als auch dessen Parameter sind von Gesetzes wegen mit der Eingliederung gekoppelt¹¹⁹. Eingliederungsrechtlich fehlerhafte Rentenrevisions- sind deshalb wie mangelhafte Rentenverfügungen aufzuheben.

Erst *nach durchgeführter Eingliederung* steht zudem fest, ob die ursprüngliche Rentenverfügung infolge der mittlerweile eingetretenen rentenrelevanten Tatsachenänderung erhöht, reduziert oder sogar eingestellt werden darf bzw. muss. Eine Prüfung und Durchführung von rentenrelevanten Eingliederungsmassnahmen ist einerseits im Hinblick auf eine *effiziente Verwendung öffentlicher Mittel* geboten, um festzustellen, ob bisherige Renten dank einer erfolgreichen Eingliederung (noch weitergehend) reduziert werden können, und stellt andererseits für den Versicherten einen *Schutz vor einem ungerechtfertigten Rentenverlust* dar, wenn im Rahmen des Eingliederungsverfahrens festgestellt wird, dass keine Verbesserung des rentenrelevanten funktionalen Leistungsvermögens eingetreten ist. Das *Interesse der Verwaltung, nachträglich sich als ungerechtfertigt herausstellende Renten nicht zurückfordern zu müssen*, überwiegt nicht, nicht zuletzt deshalb, weil der Versicherte, lehnt die IV – zwar mangelhaft – eine Erhöhung ab oder verfügt eine Reduktion oder sogar eine Einstellung, sich nicht auf den guten Glauben berufen kann.

¹¹⁸ Supra Ziffer II/C/3.

¹¹⁹ Supra Ziffer III/A.

B. Nachträgliche Eingliederungsabklärung und erneuter Erlass einer Rentenrevisionsverfügung

1. Eingliederungsabklärung

Die IV-Stelle hat – unabhängig davon, ob die eingliederungsrechtlich mangelhafte Revisionsverfügung weiterbesteht oder aufgehoben wird – in Nachachtung der vorfrageweisen Bejahung einer Eingliederungsabklärungspflicht durch die Beschwerdeinstanz nach Abschluss des Beschwerdeverfahrens allfällige Eingliederungsmassnahmen – sofern kein Ausnahmetatbestand besteht – zu prüfen und ausgewiesene rentenrelevante Eingliederungsmassnahmen zu verfügen.

2. Erlass einer Rentenrevisionsverfügung

Nach Abschluss der Eingliederungsabklärung bzw. Durchführung der ausgewiesenen Eingliederungsmassnahmen ist eine neue bzw. zweite Rentenrevisionsverfügung zu erlassen. Mit dieser ist die bisherige Rente zu bestätigen, zu erhöhen oder zu reduzieren bzw. einzustellen. Bei einer *Bestätigungsverfügung* ist der *Zeitpunkt der Rentenanpassung* nicht von Belang; der Versicherte erhält seine bisherige Rente. Bei einer Erhöhungs- und einer Reduktions- bzw. Einstellungsverfügung demgegenüber stellt sich die Frage, ob die Anpassung *rückwirkend* ab Eintritt des Rentenrevisionsgrunds, ab Erlass der (ersten) mangelhaften Rentenrevisionsverfügung, ab Eintritt des Rechtskrafteintritts des Beschwerdeentscheids oder ab Abschluss der Eingliederungsmassnahme oder nur *für die Zukunft* vorzunehmen ist.

Rentenerhöhungen sind nach dem Willen des Verordnungsgebers *rückwirkend* ab dem Zeitpunkt vorzunehmen, in dem der Versicherte ein Revisionsgesuch gestellt hat bzw. für den die IV die Revision vorgesehen hat¹²⁰. *Rentenreduktionen* bzw. *-einstellungen* können *nur für die Zukunft* bzw. ab dem der Reduktions- bzw. Einstellungsverfügung folgenden Monat vorgesehen werden¹²¹. Eine *rückwirkende Rentenreduktion* bzw. *-einstellung* ab dem Zeitpunkt des

¹²⁰ Vgl. Art. 88^{bis} Abs. 1 lit. a und b IVV.

¹²¹ Vgl. Art. 88^{bis} Abs. 2 lit. a IVV.

Erlasses der eingliederungsrechtlich mangelhaften Rentenrevisionsverfügung ist deshalb nicht zulässig¹²².

Stellt sich die IV-Stelle auf den Standpunkt, dass der Versicherte im Rahmen der Selbsteingliederung das wegen des Revisionsgrunds eingetretene rentenrelevante funktionelle Leistungsdefizit kompensieren oder dieses sogar besser verwerten könnte, ist im Hinblick auf das Erfordernis des Mahn- und Bedenkzeitverfahrens¹²³ eine *Renten Anpassung nach unten erst ab Abschluss des Mahn- und Bedenkzeitverfahrens* zulässig.

¹²² Vgl. Urteil BGer vom 28.04.2008 (9C_720/2007) E. 4.2.

¹²³ Vgl. Art. 21 Abs. 4 ATSG und ferner BGE 129 V 51 ff.